

AKTUELL

LAGE DER NATION

Teure Pralinen

Richard Graf

Zahlreiche Steuersenkungen hatte der Premier anlässlich der Rede zur Lage der Nation in seinem Säckel. Wie viel der Spaß kosten würde, verriet er erst im zweiten Anlauf - und dann auch nur ansatzweise.

Als Premier Jean-Claude Juncker am Schluss der Rede zur Lage der Nation am Donnerstag der vergangenen Woche „die letzte Kurve nahm“, betonte er, dass er in diesem Jahr seine Rede weit weniger mit Zahlenmaterial gespickt habe, als das sonst seine Gewohnheit sei. Nicht, weil er keine Zahlen zu bieten habe, aber weil er es leid sei, sich jedes Jahr die Kritik anhören zu müssen, er würde die versammelte Abgeordnetenschar mit seinen Berechnungen regelrecht erschlagen.

Ganz ohne Zahlen war er allerdings nicht ausgekommen, denn die Auflistung einer ganzen Reihe von Steuervergünstigungen, Steuerkrediten und sonstigen Maßnahmen enthielt durchaus sehr konkrete Zahlen. Vor allem wenn es darum ging, auszumalen, wie viel mehr an Geld der einzelne Steuerbürger im nächsten Jahr in seinem Portemonnaie behalten dürfe.

Dass Juncker - anders als gewohnt - in diesem Jahr die Spenderhosen anhatte, wurde auf allen Bänken festgestellt. Mal mit zustimmender Bewunderung, mal mit ungläubiger Verwunderung. Anders als sonst wurde den Anwesenden aber nicht vorgerechnet, was das Ganze unter dem Strich kosten würde. Dass dieses Versäumnis mehr war als nur ein

rhetorisches Stilmittel, bestätigte sich spätestens als der Premier in seiner Antwortrede am Schluss der Debatte dann doch die Katze aus dem Sack ließ - wenn auch nur zum Teil.

Der Verdacht des grünen Fraktionschefs François Bausch wonach die zahlreichen Einzelversprechungen, die Juncker vom Stapel gelassen hatte, noch gar nicht durchgerechnet seien, fand seine Bestätigung. Der grüne Abgeordnete hatte deshalb auf die Budget-Debatten im Herbst verwiesen, bevor er im Einzelnen auf die Vorschläge eingehen wolle.

Selbst der OGBL, der ja angesichts des Nettolohnzuwachses für alle und dem Versprechen, die staatlichen Gebühren in den nächsten zwei Jahren nicht ansteigen zu lassen, zufrieden sein müsste, wollte eine definitive Einschätzung erst geben, wenn gewusst ist, auf wie viel Geld der Staat denn da genau verzichtet.

Denn der „linke Diskurs“, den Koalitionspartner und LSAP-Parteichef Alex Bodry bei Juncker zu entdecken glaubte, er bedarf auch einer „linken“ Haushaltsführung: Der Staat braucht genügend Eigenmittel, um die struk-

turellen Änderungen, die er in Angriff nehmen will, auch realisieren zu können. Das gilt für die mittelfristig von Juncker anvisierte generelle Kostenfreiheit für Kinderbetreuung genauso wie für die von den Grünen geforderten und angesichts der aktuellen Entwicklungen überfälligen Strategien in Sachen Energiekrise oder Mobilität. Auch hinsichtlich der Bildungs- und Integrationspolitik reichen schön klingende Gesetze nicht, wenn die Finanzierung auf sich warten lässt.

„Sich nicht von sozialer Rhetorik täuschen lassen“, lautet das Fazit von „déi Lénk“, die sich nicht nur an der sukzessiven Senkung der Betriebssteuern von 29,6 auf 25,5 Prozent stört, sondern auch vor der von Juncker angekündigten Diskussion über eine „flat tax“ warnt. Dass es nicht zu einer „Wiederanpassung der Familienzulagen an den Index, sondern einer Einfrierung derselben und ihrer Ersetzung durch Schecks“ kommt, sehen Linke, aber auch Gewerkschafter als Fortsetzung der vor zwei Jahren beschlossenen Indexmanipulation an.

DATENSCHUTZ

Wächter oder Komplizen?

Raymond Klein

Der Datenschutzbericht für 2007 liegt vor. Doch die positive Selbstdarstellung verbirgt, dass manches in Luxemburg, wie im Ausland, im Argen liegt.

Alles in Ordnung an der Datenschutzfront. Das jedenfalls geht aus dem Pressecommuniqué der Datenschutzkommission (Commission nationale de protection des données, CNPD) zu ihrem Jahresbericht hervor: Die Kommission habe viel gearbeitet, stelle erhebliche Fortschritte fest und könne dank der personellen Verstärkung schneller arbeiten und den Erwartungen der Öffentlichkeit gerecht werden.

Bei den entsprechenden Berichten im Ausland fällt in der Regel Schelte für die Regierungen an. Doch am Mittwoch hatte die auf dem Papier unabhängige Luxemburger CNPD, in Gegenwart von Kommunikationsminister Jean-Louis Schiltz, der Presse nur Positives mitzuteilen. Dass dieser gute

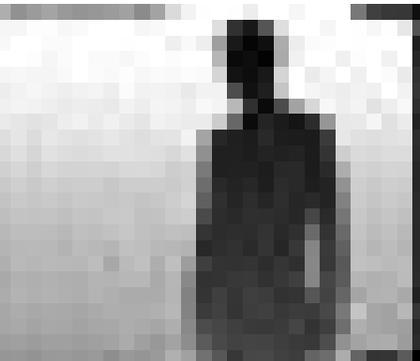
Eindruck nicht mehr als eine Fassade ist, weiß jeder, der die nationale Aktualität in Sachen Datenschutz verfolgt. Auch eine genaue Lektüre des CNPD-Berichts lässt erahnen, dass die Kommission nicht mit allen Entwicklungen zufrieden ist.

Sie versuche, heißt es dort zum Beispiel, die Verbreitung biometrischer Datenbanken und den Austausch von Daten zwischen Verwaltungen „zu begrenzen beziehungsweise ernsthaft zu beschränken“. Beim Règlement grand-ducal zur Kameraüberwachung hat die CNPD „gewisse Reserven und Empfehlungen“ gemacht mit dem Zweck, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen öffentlicher Sicherheit einerseits und bürgerlichen Grundrechten und -freiheiten andererseits zu erhalten. Grundsätzliche Kritik an dieser Überwachung, die vermutlich den Prinzipien der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit widerspricht, übte die Kommission aber nicht.

Einen Teilerfolg kann die CNPD beim Projet de loi 5563 über den Zugang der Polizei zu bestimmten Datenbanken verbuchen - Kritik an der staatlichen Daten-Unerstättlichkeit gab es allerdings auch vom Staatsrat und von der Commission consultative des droits de l'homme (CCDH). Nach den jüngst von der Chamberkommission vorgelegten Textänderungen wird es den ursprünglich von der Regierung gewünschten direkten Zugriff nicht geben, und alle Datenabfragen müssen sich auf bestimmte Verdachtsmomente beziehen. Daten zur Gesundheit genießen in dem Text einen hohen Schutz, die ebenfalls sehr sensiblen Daten zu Asylanträgen dagegen nicht. Auch beim Rückgriff auf Fingerabdrücke, Fotos und DNA-Proben dürften durch dieses Gesetz manche Barrieren fallen.

Im Bericht versteckt ist auch die Bemerkung, die CNPD blicke „mit gemischten Gefühlen“ auf ihre Arbeit zurück: Zwar werde man immer öfter von staatlichen und parastaatlichen Verwaltungen angesprochen, doch mit der Selbstbeschränkung hätten diese ihre Schwierigkeiten. Häufig werde die Kommission mit der rhetorischen Frage konfrontiert: „Wollen wir die Daten, oder müssen wir die Bürger laufen lassen?“

Problematisch ist vor allem, dass die CNPD sich als Wächterin der le-



galen und vertraglichen Rahmenbedingungen versteht, in ihrem Bericht aber kaum Zahlen und Fakten zur Praxis liefert. So lässt sich nicht wirklich abschätzen, ob diese Rahmenbedingungen die Prinzipien der Verhältnismäßigkeit und der Notwendigkeit sicherstellen.

Alles in allem dürfte die Lage in Luxemburg nicht schlimmer sein als in anderen EU-Ländern - und dazu hat die CNPD sonder Zweifel ihren Teil beigetragen. Doch indem sie, wie bei der Vorstellung ihres Jahresberichts, gute Miene zu des Staates bösem Spiel macht, schwächt sie das Bewusstsein für die Gefahren, statt es zu stärken. Und verdeutlicht, dass nur wirklich unabhängige Institutionen öffentlichkeitswirksam für den Schutz der Grundrechte eintreten können.

www.cnpd.lu